

Handlungskonzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus muss her! Beratung (öffentlich) zu Eilantrag SPD Drs 14/4059

Auszug aus dem Plenarprotokoll 14/58 vom 29.03.2007

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind neben den ungebremsst wachsenden Zahlen, die alle schon genannt worden sind, vor allen Dingen zwei qualitative Momente, die uns in dieser Gesamtentwicklung beunruhigen.

Das eine Moment ist: Der Bericht ist von der Realität schon überholt. Wir erhalten Meldungen aus dem Hochsauerlandkreis, dass sich dort eine NPD-Organisation im Aufbau befindet, die in den letzten Tagen in Schmallenberg, Arnsberg und anderen Orten dieser ländlichen Region Tausende von Flugblättern verteilt hat. Das zeigt in der Tat: Man kann auch in Nordrhein-Westfalen nicht sagen, dass wir – auch wenn wir bundesweit auf dem vierten oder fünften Platz liegen sollten – auf einer Insel der Glückseligen leben. Wir müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass Rechtsextremisten offensichtlich kein Ort zu klein und kein Ort zu abgelegen ist, um nicht zu versuchen, einen organisierten Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland aufzubauen.

Das zweite qualitative Moment, das uns sehr beunruhigt, ist: Die NPD hat offensichtlich wirklich ein Konzept.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie nennt das Drei-Säulen-Konzept. Wenn man sich das genauer ansieht, ist man schon erstaunt, was die aus der Geschichte gelernt haben.

Die erste Säule, die sie in der Sprache, die sie pflegen, „Kampf um die Straße“ nennen, ist nämlich nichts anderes als die gezielte Zusammenarbeit mit freien Kameradschaften und ihren politischen Soldaten, die sie für ihre Demonstrationenkampagnen, die wir ja alle erlebt haben, einsetzen. Früher nannte man das ganz einfach SA.

Die zweite Säule nennen sie „Kampf um die Köpfe“; das ist angesprochen worden. Wir müssen feststellen: Sie machen eine organisierte Bildungsarbeit. Sie schulen ihre Leute, auch in Versammlungen anderer zu gehen und sich dort zu Wort zu melden.

Mit „Kampf um die Köpfe“ verfolgen sie auch die Strategie, Köpfe zu zeigen. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen – das ist übrigens nicht nur in Ostdeutschland so –: Die Plakate der NPD für ihre Wahlkämpfe haben sich geändert. Früher standen darauf nur Buchstaben, weil sich meistens keiner getraut hat, sich als Rechtsextremist und Neonazi erkennen zu geben. Inzwischen tragen diese Wahlplakate Köpfe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich offensiv dazu bekennen. Wenn man das sieht, dann muss man feststellen: Auch in diesem Punkt gibt es eine neue Qualität von rechtsextremistischer und neonazistischer Arbeit.

Die dritte beunruhigende Säule in ihrem Drei-Säulen-Konzept ist der sogenannte „Kampf um die Wähler und um den organisierten Willen“. Um diese verquaste NS-Sprache klar zu übersetzen und deutlich zu machen, worum es da geht: Sie versuchen zum ersten Mal, eine klare Vorherrschaft in einem rechtsextremistischen, völkischen, nationalistischen Spektrum in Deutschland zu gewinnen. Der erschreckende Befund an der Stelle ist: Es ist ihnen inzwischen gelungen.

Sie wissen, dass bei den letzten Wahlen zwei rechtsextremistische Parteien gleichzeitig antraten. Inzwischen gibt es ein Wahlkampfabkommen zwischen DVU und NPD. Die verständigen sich: Nur noch eine Partei tritt an und nimmt Kandidaten von der anderen Partei

auf die Liste. Damit ist geklärt, was auch die NSDAP Ende der 20er-Jahre definitiv geklärt hat, nämlich wer sozusagen die vorherrschende, meinungsbildende Partei in diesem rechtsradikalen Sumpf ist.

Wir sollten die Zahlen natürlich entsprechend gewichten. Aber hinter den Zahlen und auch im Kleingedruckten des Verfassungsschutzberichtes liegt eine qualitative Dimension, die mich mehr beunruhigt – muss ich ehrlich sagen – als das Anwachsen der Zahlen.

Deswegen ist mein erster Rat – es wird ja gefragt, wie Demokraten darauf reagieren können – auch an den Innenminister: Sagen Sie nicht wie bei der Debatte im letzten Jahr von vornherein kategorisch Nein zu einem Verbot der NPD. Ich würde das offenhalten. Ich will dazu raten, das zu überprüfen. Ich will dazu raten, die Entwicklung bei der NPD sehr sorgfältig zu beobachten und nicht von vornherein auszuschließen, sie zu verbieten.

(Zustimmung von der SPD)

Denn sie läuft ganz eindeutig in einem Fahrwasser, dass sie eigentlich NSDAP heißen müsste.

(Beifall von der SPD)

Es ist klar, warum sie das nicht so offen tun – auch da haben sie gelernt –: Sie möchten natürlich den daraus entstehenden Folgen entgehen.

Das Bedrückende ist doch, dass trotz der Projekte, die Sie hier vorgestellt haben – ich erinnere daran, dass schon der frühere Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering diese Fanprojekte eingeführt hat –, die Sie fortgesetzt haben, der Anstieg der Straftaten und das qualitative Weiterentwickeln ungebrochen sind.

Deswegen mein zweiter Rat auch an die Regierung: Lasst uns darüber sprechen, wo unser gemeinsames Handlungskonzept ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

und zwar über die gesamte Breite. Es ist völlig richtig, was die Kollegen gesagt haben: Es ist nicht nur eine Sache der Polizei, der Strafverfolgung, im Übrigen auch nicht allein eine Sache der Schulen.

Ich stimme dem Kollegen Kruse zu: Es ist besser, ein Nichteinsteigerprogramm zu haben als aufwendige Aussteigerprogramme. Da rate ich Ihnen aber auch – wir haben gestern darüber gesprochen –, noch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht besser gewesen wäre, Sie hätten die Mittel für die Jugendförderung und die Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen so erhöht, wie Sie es versprochen hatten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn die Jugendarbeit und die Jugendverbände machen täglich Arbeit gegen Rechtsextremisten. Für sie ist das nicht Saisonarbeit, wenn wir über einen Verfassungsschutzbericht reden, sondern Tagesaufgabe. Das verdient, meine ich, weiterhin und vielleicht auch noch stärker die politische und finanzielle Unterstützung des nordrhein-westfälischen Landtages.

Da meine Redezeit abgelaufen ist, nur noch ein abschließender Satz. Wir müssen uns angesichts des dramatischen Anstieges von antisemitischen Straftaten in NRW um fast 50 % und fremdenfeindlicher Straftaten um 32,4 % darüber verständigen, dass eines für uns alle klar ist: Wir lassen nicht zu, dass sich Neonazis in unserem Land anmaßen, bestimmen zu können, wer hier wohnen und wer hier arbeiten darf. Es darf niemals passieren, dass sie die Hoheit darüber haben, das entscheiden oder beeinflussen zu dürfen. Der liberale Rechtsstaat muss von uns allen gemeinsam verteidigt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das staatliche Gewaltmonopol darf nicht aufgegeben werden. Ich bin der Meinung, dass es in allen diesen Punkten richtig ist – ich unterstütze alle meine Vorredner darin –, die Grundrechte und Grundwerte unserer Demokratie an dieser Stelle sehr entschieden zu verteidigen.
(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rudolph.